

Vertretung der Landeshauptstadt München im LGBT-Netzwerk europäischer Kommunalverwaltungen: „Rainbow Cities Network“

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03114

2 Anlagen

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 14.10.2015 (SB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen nimmt seit zwei Jahren an einem Vernetzungstreffen der Verwaltungen europäischer Städte teil, die eine explizite Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit für LGBT¹ leisten. Das Netzwerk nennt sich „Rainbow Cities Network“.

Um dem Netzwerk eine formale und inhaltliche Ausrichtung zu geben, wurde durch die beteiligten Städte ein Grundsatzpapier, das „Memorandum of Understanding“ erstellt, welches das Selbstverständnis des Netzwerkes zum Ausdruck bringen soll. Darin wird Ausrichtung und Zweck des Netzwerkes dargestellt, welche Ziele es verfolgt und wer daran teilnehmen kann.

Die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ist angefragt, weiterhin die Verwaltung der Landeshauptstadt München im Netzwerk „Rainbow Cities Network“ zu vertreten. Hierfür muss seitens der Landeshauptstadt München das Grundsatzpapier „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet werden.

1. Informationen zum Netzwerk

Die Vernetzung von Städten mit kommunaler LGBT-Gleichstellungsarbeit entstand auf Initiative einiger Städte, die auf Verwaltungsebene innerhalb eines EU-Projektes zusammengearbeitet hatten (AHEAD – Against Homophobia. European local Administration Devices).

Die Vertretungen dieser Stadtverwaltungen verabredeten, weiter miteinander zu kooperieren und dazu ein Netzwerk aufzubauen, das sich regelmäßig treffen soll.

Teilnehmen sollten Städte, die sich in ihrer kommunalen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit auf Verwaltungsebene für LGBT engagieren.

Um diese Vernetzung zu installieren, wurden verschiedene Stadtverwaltungen zu einer Konferenz nach Den Haag eingeladen, koordiniert durch die Organisation „MOVISIE“ aus den Niederlanden und mit finanzieller Unterstützung der niederländischen Regierung. Diese Konfe-

1 LGBT: Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, internat. übliche Abkürzung für die Community der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender

renz fand im Mai 2013 in Den Haag statt. Die Stadtverwaltung München war durch die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen vertreten. Beim zweiten Treffen des Netzwerks in Wien im November 2014 war die Koordinierungsstelle ebenfalls beteiligt.

Das „Rainbow Cities Network“ ist eine Vernetzung der jeweiligen kommunalen Verwaltungen, nicht der politischen Ebene. Die Treffen finden einmal jährlich in einer anderen Stadt statt.

Momentan sind folgende Städte am Netzwerk interessiert bzw. bereits aktiv vertreten: Berlin, Köln, München, Hamburg (Deutschland); Wien (Österreich); Genf, Zürich (Schweiz); Amsterdam, Nijmegen, Rotterdam, Den Haag, Utrecht (Niederlande) Bergen (Norwegen); Brüssel, Ghent (Belgien); Dumphries, Galloway (UK); Ljubljana (Slowenien); Madrid (Spanien); Turin (Italien)

Koordiniert wird das Netzwerk noch bis einschließlich 2016 durch die niederländische Organisation MOVISIE, welche dafür eine Förderung durch das Ministerium für Erziehung, Kultur und Wissenschaft der niederländischen Regierung erhält. Dies war ursprünglich als Anfangsunterstützung gedacht, bis die Vernetzung so installiert ist, dass sie sich selbst organisieren kann. Unter Umständen könnte es jedoch auch eine zukünftige Förderung einer koordinierenden Stelle durch die niederländische Regierung geben.

2. „Memorandum of Understanding“

Das von den teilnehmenden Städten entwickelte „Memorandum of Understanding“ ist eine Ausformulierung des Grundverständnisses des Netzwerks. Dieses Papier soll nun von den teilnehmenden Kommunen unterzeichnet werden.

Das Memorandum ist in englischer Sprache formuliert. Die Koordinierungsstelle hat eine deutsche Übersetzung durch die Protokollabteilung im Direktorium erstellen lassen. Beide Versionen liegen bei.

Folgende Aussagen sind im „Memorandum of Understanding“ enthalten:

Erklärung

Kommunen tragen in vielfältigen politischen Bereichen Verantwortung und verstehen sich als Dienstleister für ihre gesamte Bürgerschaft. Sie sorgen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleich behandelt werden und den gleichen Zugang zu den von der kommunalen Verwaltung angebotenen Dienstleistungen haben. Des Weiteren ist es ihre Aufgabe, eine Umgebung zu schaffen, die sich durch die Achtung von Vielfalt und Inklusion auszeichnet. Im Rahmen der Umsetzung von Vielfalt auf allen gesellschaftlichen Ebenen stellt die Implementierung einer kommunalen LGBT(I)-Gleichstellungsstrategie ein wichtiges Element dar.

Das „Rainbow Cities Network“ als Instrument zur Stärkung kommunaler LGBT- Gleichstellungsstrategien:

Kommunen setzen sich verstärkt dafür ein, LGBT(I)-Gleichstellungsstrategien zu etablieren, um die Sicherheit, Gleichstellung, Selbstbestimmung, Selbstermächtigung und soziale Eingliederung in ihren Gemeinden/Städten und darüber hinaus zu fördern.

Die am „Rainbow Cities Network“ beteiligten Kommunen setzen sich gemeinsam dafür ein, dass LGBT(I)-Personen in diesen Gemeinden/Städten vollständig integriert werden,

ohne Diskriminierung oder Gewalt in jeglicher Form ausgesetzt zu sein. Deshalb verpflichten sich die Regenbogenstädte, diesbezüglich eine aktive Rolle zu übernehmen. Damit dies gelingt, schließen sich die Stadtverwaltungen im „Rainbow Cities Network“ zusammen.

Ziele

Das Netzwerk verfolgt folgende Ziele:

- Förderung der Einbeziehung von LGBT-Menschen und Erhöhen der öffentlichen Wahrnehmung von LGBT(I)-Themen;
- Austausch von Erfahrungen, Fachwissen, Materialien, bewährten Verfahren und Herausforderungen;
- Sondierung möglicher gemeinsamer Aktionen zu besonderen Tagen, Veranstaltungen oder Anlässen;
- Entwicklung von gemeinsamen Projekten / Kooperationen zwischen zwei oder mehr Städten.

Verpflichtungen

Für die Dauer der Teilnahme im Netzwerk verpflichten sich die Städte:

- eine aktive LGBT(I)-Gleichstellungsstrategie zu betreiben und zu fördern, bzw. LGBT(I)-Themen in ihre allgemeine kommunale strategische Ausrichtung einzugliedern;
- eine oder zwei für LGBT(I)-Themen verantwortliche Vertretung(en) der kommunalen Verwaltung zu benennen, die im Netzwerk mitwirken. Diese Vertretungen werden an jeder Jahresversammlung teilnehmen und sich aktiv am Austausch innerhalb des Netzwerks beteiligen;
- sich aktiv am Austausch innerhalb des Netzwerks zu beteiligen, indem sie alljährlich mithilfe der bereitgestellten Vorlage eine Übersicht über ihre Maßnahmen im Rahmen der LGBT(I)-Gleichstellungsmaßnahmen erstellt. Dieses Dokument wird über die Webseite des RCN öffentlich zugänglich sein.

3. Einschätzung der Koordinierungsstelle

Aus Sicht der Koordinierungsstelle ist eine europaweite Vernetzung grundsätzlich zu begrüßen. Eine Teilnahme an diesem Netzwerk erscheint für die Stadtverwaltung München mit ihrer bundesweit anerkannten Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit für LGBT sinnvoll. Die Landeshauptstadt München wird dabei sowohl in ihrer Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit für LGBT als auch bei ihrem Ansehen europaweit profitieren.

Alle im „Memorandum of Understanding“ genannten Voraussetzung werden von der Landeshauptstadt München seit Jahren erfüllt, die Ziele entsprechen denen der kommunalen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit der Landeshauptstadt München für LGBT. Eine jährliche Darstellung der Maßnahmen, wie im Memorandum vorgeschlagen, liegt im Interesse der Stadt und kann von der Koordinierungsstelle geleistet werden.

Die Koordinierungsstelle empfiehlt daher, dass der Beitritt zu dem Netzwerk „European Rainbow Cities“ durch den Stadtrat beschlossen wird und die Koordinierungsstelle den Auftrag erhält, die Landeshauptstadt München dort zu vertreten.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung der Bezirksausschüsse nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Antrag des Referenten

1. Der Vortrag des Referenten wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Unterzeichnung des „Memorandum of Understanding“ wird zugestimmt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Der Referent

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

- IV.** Abdruck von I. mit III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. -Direktorium D-II/KGL

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

z. K.

Am